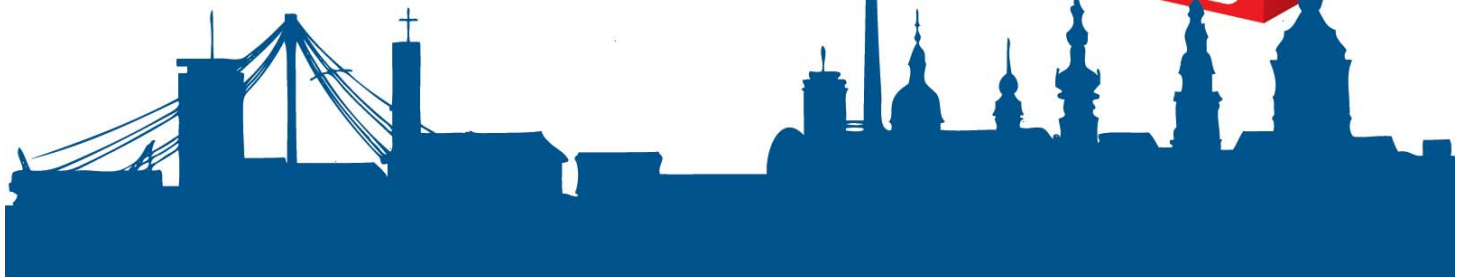


# Rotes Quadrat

Leben im SPD-Kreisverband Mannheim



Ausgabe Nr. 08 für die 8. Woche / 2012

Mannheim, den 20. Februar 2012

Das Rote Quadrat erscheint jeden Montag. Redaktionsschluss ist der Freitag der Vorwoche.

Redaktionsanschrift: [mathias.kohler@gmx.net](mailto:mathias.kohler@gmx.net)

## Einladung zur Verleihung des Aydin-Aksünger-Preises

### Erster Integrationspreis des SPD-Kreisverbandes Mannheim

Mannheim ist die Heimat von Menschen aus über 170 Nationen. Das bedeutet eine Vielfalt unterschiedlichster Kulturen mit all ihren Eigenheiten und verschiedenen Denkweisen, die eine große Bereicherung darstellen. 170 unterschiedliche Kulturen bedeuten aber auch eine Herausforderung an die Integration und Einbindung in unsere städtische Gesellschaft. Dass dies gelingt, verdanken wir dem besonderen Engagement von Menschen und Institutionen in unserer Stadt.

Die Mannheimer SPD möchte mit der Verleihung ihres ersten Integrationspreises diesen Menschen und Institutionen die verdiente Anerkennung geben und ein Zeichen für die positive Integrationsarbeit in unserer Stadt setzen. Auf der Suche nach einem Namensgeber ist die Mannheimer SPD auf den beliebten und engagierten Aydin Aksünger (1964 - 2009) gekommen, der mit sei-

nem Einsatz für Integration einen großen Beitrag in der Quadratestadt und für die Mannheimer SPD geleistet hat.

Die Auszeichnung findet am **Freitag, 9. März 2012 um 17.30 Uhr**, im **RomnoKher, Kulturhaus der Sinti und Roma, B7, 16 in Mannheim** statt. Die **Ministerin für Integration des Landes Baden-Württemberg, Bilkay Öney**, wird die Laudatio auf die Preisträger/-innen halten. Musikalisch umrahmt wird die Veranstaltung von **Bettina Ntimpirangeza**, Popakademie Baden-Württemberg.

Wir würden uns freuen, Dich zur Preisverleihung begrüßen zu können und bitten um eine verbindliche Anmeldung möglichst bis zum **5. März** an [integrationspreis@spd-mannheim.de](mailto:integrationspreis@spd-mannheim.de)  
*Wolfgang Katzmarek, Vorsitzender*

10. März 2012, Beginn 10:00 Uhr, Naturfreundehaus Mannheim

## 4. Kongress Mannheim gegen Rechts

Unter dem Motto „Rechtspopulismus – das Geschäft mit der Angst?!“ organisiert das Bündnis Mannheim gegen Rechts, dem auch die Mannheimer SPD angehört, den vierten Kongress. Um die Organisation zu erleichtern, werden alle Interessierten gebeten, sich möglichst schnell anzumelden!

Im vergangenen Jahr beschäftigte sich das Bündnis Mannheim gegen Rechts mit dem Phänomen Rechtspopulismus. Es wurde die Wirkung rechtspopulistischer Gruppen und Organisationen in die Gesellschaft diskutiert, ihre Ideologie kritisiert und das Bündnis stellte sich ihnen entgegen, wenn sie in Mannheim auftreten wollten.

Anlässe boten sich dabei genügend, ein Auftritt Thilo Sarrazins im Mannheimer Rosengarten, eine versuchte Kundgebung, die die zwei Organisationen PAX Europa

und PI-News absagen mussten und eine Kundgebung der beiden Gruppen auf dem Paradeplatz. Jedes mal organisierte das Bündnis gegen Rechts Gegenproteste.

Um die Proteste inhaltlich zu fundieren und gemeinsame Gegenstrategien zu entwickeln, organisiert das Bündnis den diesjährigen Kongress unter dem Motto:

„Rechtspopulismus – das Geschäft mit der Angst?!“ hierzu konnten profunde Kenner/-innen der Szene als Referent/-innen gewonnen werden.

### Kongressablauf

Ab 9:00 Uhr Aufbau der

Informationstafeln, Anmeldung

10:00 Uhr Eröffnung des Kongresses

10:15 Uhr Vortrag 1 Rassismus unter dem Deckmantel „Islamkritik“ – „Rechtspopulismus– Politikstil der Vorur-

# MANNHEIM GEGEN RECHTS

teile und Emotionen“, Dirk Stegemann, Bündnis „Rechtspopulisten stoppen“ Berlin

Was ist „Rechtspopulismus“? Wer nutzt „Rechtspopulismus“ und welches Wähler/innenpotenzial soll dabei angesprochen werden? Welche Themen- bzw. Problemfelder werden bedient? Welche Mittel benutzen sie dabei? Gibt es einen Zusammenhang zwischen „Rechtspopulismus“, Rassismus und Sozialchauvinismus? Sind „Rechtspopulisten“ alle Neonazis? Welche Reaktionen von „Rechtspopulisten“ sind nach den Attentaten von Anders Breivick in Norwegen bis heute nachzuvollziehen? Wie stehen die Chancen für die Etablierung einer solchen Partei in Deutschland?

**11:45 Uhr** Pause

**12:00 Uhr** Vortrag 2: Rechtspopulismus in der Rhein-Neckar-Region. Referenten/-innen: AK Antifa der Fachschaft für politische Bildung im JUZ „Friedrich Dürr“ in Selbstverwaltung Mannheim.

Welche Aktivitäten von rechtspopulistischen Gruppen waren in der letzten Zeit in der Rhein-Neckar-Region zu beobachten. Wie sehen die Strategien von „Bürgerbewegung Pax Europa“, der „PI-Gruppe“ und den Parteien „Die Freiheit“ und „Republikaner“ aus und wer steckt dahinter? Antworten auf diese Fragen gibt ein Regionalvortrag über die rechtspopulistische Szene rund um Mannheim.

**12:45 Uhr** Mittagspause

**13:30 Uhr** Vortrag 3: Organisationen, Parteien, Vereine. Alexander Häusler, wissenschaftlicher Mitarbeiter der

Arbeitsstelle Neonazismus im Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der FH Düsseldorf

Welche Organisationen oder Parteien des Rechtspopulismus existieren in der Bundesrepublik und vertreten die verschiedenen Strömungen? Welche Personen sind maßgeblich in diesen Organisationen? In welchem Verhältnis stehen die Organisationen und Parteien zueinander? Gibt es Streitigkeiten? Gibt es Kooperationen zu anderen europäischen rechtspopulistischen Parteien? Gibt es personelle Überschneidungen zu anderen rechten Parteien wie NPD, REP oder DVU?

**14:30 Uhr** Pause

**14:45 Uhr** Podiumsdiskussion mit dem Publikum:

„Die Bedeutung des Rechtspopulismus und was dagegen zu tun ist“. Auf dem Podium: Dirk Stegemann | Alexander Häusler | Vertreter/-in AK-Antifa | Vertreter/-in „Mannheim gegen Rechts“ | Gerhard Fontagnier, engagiert gegen „Rechtspopulisten“ | Fatih Ekin, Mitglied des Migrationsbeirats der Stadt Mannheim. Moderation: Veit Lennartz.

[www.mannheim-gegen-Rechts.de](http://www.mannheim-gegen-Rechts.de)

[Kongressflyer2012-MgR-schnell anmelden](#)

Rechtlicher Hinweis: Von der Veranstaltung ausgeschlossen sind Personen, die neonazistischen Parteien oder Organisationen angehören, der rechten Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind. Die Veranstalter/-Innen behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen, sollte es zu Störungen der Veranstaltung kommen. Das subjektive Bedrohungsgefühl kann eventuell dieses Kriterium erfüllen.

## Fulst-Blei fordert Dialog mit Käuferkonsortium der LBBW-Wohnungen

Der Mannheimer Landtagsabgeordnete und wohnungsbaupolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion sieht nach der Verkaufentscheidung der LBBW zu Gunsten des Konsortiums unter Führung der Patrizia Immobilien AG nun dieses in der Pflicht, die betroffenen Mieterinnen und Mieter über die Konsequenzen des Kaufs aufzuklären.

In Mannheim handelt es sich um rund 1.100 Wohnungen, landesweit ca. 21.000. Hinter dem Patrizia-Konsortium stehen Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen sowie eine Sparkasse. Das Konsortium hat sich einer strafbewehrten Sozialcharta unterworfen, welche z. B. die maximal mögliche Mietsteigerung auf drei Prozent pro Jahr zuzüglich Inflationsrate beschränkt. Kündigungen aus Eigenbedarf oder wirtschaftlicher Verwertung sind auf zehn Jahre ausgeschlossen. Damit soll die Sozialcharta deutlich über den gesetzlichen Mieterschutz hinausgehen.

Fulst-Blei: "Sicherlich wäre es für uns eine angenehmere Vorstellung, wenn der Zuschlag an einen Käufer unter kommunaler Führung erfolgt wäre. Allerdings sind hier die EU-Vorgaben mit Blick auf einen so genannten diskriminierungsfreien Verkauf eindeutig gewesen." Die



EU hat einen entsprechenden Treuhänder eingesetzt. Jede andere Entscheidung hätte vor Gremien der EU keinen Bestand gehabt. Zeitungsmeldungen sprechen davon, dass Patrizia 30 Mio. Euro mehr geboten hat. Insgesamt betrug der Kaufpreis 1,435 Mrd. Euro. Fulst-Blei fordert nun den Käufer auf, umgehend in Mannheim seine weiteren Pläne vorzustellen. Der Landtagsabgeordnete wird sich entsprechend an das Konsortium wenden.

Angeblich habe das Patrizia-Konsortium langfristige Interessen und sei nicht auf einen kurzfristigen Profit aus. Gleichwohl muss man Fulst-Blei zufolge verstehen, dass die Mieterinnen und Mieter Fragen haben, auf welche es eine Antwort geben muss. Dies gilt ebenfalls z. B. für anstehende Mieterhöhungen, denn trotz Sozialcharta seien langjährige aufeinander folgende steigende Mieten in Höhe von drei Prozent plus Inflation für die Haushalte eine deutliche Belastung. Insgesamt sieht der Abgeordnete zwar keinen Grund zur Panik, schließlich sei auch die LBBW zuvor kein Sozialverein gewesen. Gleichwohl werde man seitens der Politik genau auf die Einhaltung der Sozialcharta achten.

## Juso-Hochschulgruppe Mannheim bekräftigt Forderung nach Verfasster Studierendenschaft

### RCDS übt sich in Populismus

Die Juso-Hochschulgruppe Mannheim kritisiert den RCDS Baden-Württemberg, der mit einer Kampagne versucht, den Demokratisierungsprozess an den baden-württembergischen Hochschulen und Universitäten zu stoppen.

„Mit der Kampagne ‚VS – ohne mich!‘ schießt sich der RCDS ins eigene Bein“, stellt Anja Seybold, Vorstandsmitglied der Juso-Hochschulgruppe Mannheim fest. „Das ist purer Populismus. Die Forderungen zeigen erneut, dass der RCDS gar nicht den Anspruch hat, eine seriöse Studierendenvertretung zu sein und sich konstruktiv in die Debatte um die Einführung der Verfassten Studierendenschaft und den Anhörungsentwurf des Wissenschaftsministeriums einzubringen“, so Seybold weiter.

Die CDU-Hochschulorganisation spricht sich mit der Kampagne gegen die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft aus, die 1977 vom damaligen CDU-Ministerpräsident Filbinger abgeschafft wurde. Insbesondere spricht sich der RCDS gegen die verpflichtende Mitgliedschaft aller Studierenden und den damit verbundene Beitrag aus. Auf der Website zur Kampagne

wird unter anderem suggeriert, dass die Allgemeinen Studierendenausschüsse die Beiträge der Studierenden veruntreuen und zum Beispiel für „Rio-Reisen“ oder „Sexshop-Besuche“ verschwenden würden.

„Diese Positionen sind in zweierlei Hinsicht unangebracht und lächerlich“, führt Konstantin Gavras, Vorstandsmitglied der Juso-Hochschulgruppe Mannheim aus. „Der RCDS hetzt jetzt gegen einen geringen Beitrag, der für politische Bildung und die Unabhängigkeit der Studierendenschaft benötigt wird, hält aber gleichzeitig an der Forderung nach mindestens 500€ Studiengebühren fest. Außerdem widerspricht sich der RCDS selbst, wenn er mit dem demokratischen Mittel der Urabstimmung die Demokratisierung der Hochschulen stoppen will. Die Juso Hochschulgruppen stehen zur VS und beteiligen sich weiterhin konstruktiv an dem, von der Landesregierung eingeführtem Beteiligungsverfahren“, so Gavras abschließend.



## Resolution für Erhalt der Fassade des Barockpalais in O 4, 4

### Antrag der SPD findet breite Zustimmung im Gemeinderat

Der Gemeinderat hat in seiner vergangenen Sitzung parteiübergreifend einer von der SPD eingebrachten Resolution zum Erhalt des Barockpalais in O 4, 4 zugestimmt.

Photo: Ralf Eisenhauer, Vorsitzender der Gemeinderatsfraktion.

Darin werden die baden-württembergische Landesregierung und der Landtag aufgefordert, sich mit Nachdruck und mit allen rechtlichen Möglichkeiten gegenüber der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) für den Erhalt der Fassade des Barockpalais in O 4, 4 einzusetzen. Gleichzeitig appellieren die Mannheimer Stadträtinnen und Stadträte an die LBBW als Anstalt des öffentlichen Rechts, als Landesbank und Hausbank des Landes Baden-Württemberg und an die LBBW Immobilien Development, ihrer besonderen Verantwortung gerecht zu werden und das große Interesse der Mannheimer Bevölkerung am Erhalt der Fassade in O 4, 4 bei ihren Planungen zu berücksichtigen. Auch der Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz (SPD) wird gebeten, die Position des



Gemeinderats der Stadt Mannheim bei Vertreterinnen und Vertretern des Landes und der LBBW nachdrücklich zu vertreten.

Für Ralf Eisenhauer, Vorsitzender der SPD-Gemeinderatsfraktion, ist die beschlossene Resolution ein weiteres Zeichen der Geschlossenheit des Stadtrates: „Die Resolution zeigt, dass die gesamte Stadt hinter dem Barockpalais in O 4, 4 steht. Das Gebäude ist ein Stück Identität für Mannheimerinnen und Mannheimer, aber

auch für die Menschen in der gesamten Metropolregion Rhein-Neckar.“ Weiter fordert Eisenhauer, dass die Bank ihre wirtschaftlichen Interessen verfolgen, gleichzeitig aber die Fassade des Gebäudes in O 4, 4 erhalten könne: „Der Abriss wäre ein herber Verlust historischer Erinnerung. Warum nicht die Fassade erhalten? Gerade auch Einzelhandelsexperten weisen daraufhin, dass ein wirtschaftlich attraktiver Neubau hinter der Fassade sehr wohl möglich ist.“

Die nächsten Telefonsprechstunden von Frau Helen Heberer (MdL) finden am 27. Februar, 12. März und 26. März, jeweils von 12 bis 13 Uhr, statt. Zu diesen Zeiten ist Frau Heberer unter der Nummer 0621 - 89 71 44 für Mannheimer Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

## Serie: Schwerpunkte der Gemeinderatsfraktion bei den Haushaltsberatungen Kinder und Jugend in Mannheim stärken!

In der siebenteiligen Serie informiert die Gemeinderatsfraktion über unsere Schwerpunkte bei den Beratungen zum Doppelhaushalt 2012/2013. Der Kinder- und Jugendbereich steht im fünften Teil im Fokus.

Foto: Lena Kamrad, jugendpolitische Sprecherin der Gemeinderatsfraktion

In diesen Tagen wurde bekannt, dass momentan etwa 700 Hortplätze in Mannheim für das kommende Schuljahr fehlen. Auch wenn sich die Zahl in den kommenden Monaten voraussichtlich noch verringern wird: Wir dürfen in unseren Anstrengungen zum Ausbau der Kinderbetreuung nicht nachlassen! Der städtische Haushalt 2012/2013 spiegelt die langjährigen Bemühungen der SPD-Gemeinderatsfraktion bei diesem Thema wider: Allein in den kommenden drei Jahren bauen wir für 53 Millionen Euro unsere Kinderbetreuung aus. Man darf aber auch nicht vergessen, dass andere Parteien jahrelang den Bedarf an Ganztagesbetreuung nicht erkannt und den Ausbau blockiert haben.

Ein wesentliches Problem ergibt sich durch fehlende Erzieherinnen und Erzieher – der Beruf muss attraktiver werden! Beispielsweise haben wir im Gemeinderat die Verwaltung beauftragt zu prüfen, wie der im Landtag diskutierte duale Ausbildungsgang in unserer Stadt umgesetzt werden kann. Vorgesehen ist etwa, dass die gesamte Azubi-Zeit vergütet wird und nicht, wie bisher, nur die Praxisphasen. Allerdings sind wir von den Vorgaben des Landes abhängig, das für die Ausbildung zuständig ist. Außerdem haben wir die Initiative der Grünen mitgetragen, einen Attraktivitätsfonds einzurichten, um Fachkräften den Standort schmackhaft zu machen. Dafür sind in den kommenden zwei Jahren 875.000 Euro bereitgestellt.

Sportstadt Mannheim voranbringen!  
Lasten und Leistungen gerecht verteilen!  
Mehr Bildungsgerechtigkeit!  
Gemeinsam Mannheim sozial gestalten!  
Kinder und Jugend stärken!  
Kulturstadt Mannheim voranbringen!  
In Mannheims Zukunft investieren!

Im Bereich der offenen Jugendarbeit können wir ebenfalls Fortschritte verzeichnen. Insgesamt haben wir ein Antragspaket mit einer Zuschusserhöhung über 250.000 Euro jährlich eingebracht. Damit sollen neben einer Zuschusserhöhung für den Stadtjugendring etwa die Einrichtungen „Jugendzentrum in Selbstverwaltung“, „Cafe Mint“, „Jugendtreff Zündholz“ und „Jugendtreff Neuhermsheim“ mehr Personal bekommen (jeweils 30.000 Euro jährlich). Mit diesen Beschlüssen gehen wir zielgenau voran, indem wir die vom



Gemeinderat beschlossenen Mindeststandards erfüllen: Es geht um die Erhöhung auf 1,5 Personalstellen, über die jede Einrichtung aus fachlichen Gründen verfügen soll. Über die genaue Verteilung der zusätzlichen Mittel berät in den kommenden Monaten der Jugendhilfeausschuss.

Endlich geschaffen sind die finanziellen Voraussetzungen für einen Jugendtreff in der Schwetzingenstadt. Im Doppelhaushalt stehen nun insgesamt 50.000 Euro Planungsmittel, für die bauliche Umsetzung sind in der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2014/2015 weitere 400.000 Euro eingestellt. Bis zur Einweihung finanziert die Stadt ab 2013 mit jährlich 40.000 Euro die mobile Jugendarbeit im Stadtteil.

Was steht genau in unseren Anträgen drin? Was haben wir noch gefordert? Antworten auf diese Fragen finden sich im Einzelnen auf unserer Homepage: [www.in-mannheim-spd.de](http://www.in-mannheim-spd.de)



## ACTA stoppen!

Der internationale ACTA-Vertrag ordnet Meinungsfreiheit und Datenschutz im Netz den Rechten der Verwertungsindustrie unter.

Nachdem die Bundesregierung die Ratifizierung vorerst gestoppt hat, entscheidet jetzt das EU-Parlament.

Unterzeichnen Sie unseren Appell an die Abgeordneten!

<http://www.campact.de/acta/sn1/signer>

**campact!de**  
DEMOKRATIE IN AKTION

## Wer hat noch ein Wahlplakat des Mannheimer Bundestagsabgeordneten Paul Kübler aus den 60er Jahren?

Paul Werner Kübler ist am 30. Dezember 1922 in Mannheim geboren und am 9. August 1969 in Tegernsee mit 46 Jahren überraschend verstorben. Kübler kam als Sohn eines Schuhmachermeisters zur Welt. Nach dem Abitur 1941 am Karl-Friedrich-Gymnasium nahm er bis 1945 als Soldat am Zweiten Weltkrieg teil. Anschließend begann er ein Studium der

Geschichte sowie der deutschen und französischen Literatur in Heidelberg, Bonn und Paris, das er 1950 mit der Promotion zum Dr. phil. an der Universität Heidelberg beendete.

Kübler trat 1951 als Studienrat in den Schuldienst ein und arbeitete im Anschluss als Lehrer in Mannheim. Daneben engagierte er sich in der evangelischen Kirche.



Er war seit 1953 evangelischer Kirchenältester und von 1959 bis 1965 Mitglied des Gesamtkirchengemeinderates in Mannheim. Ferner hielt er Vorträge über staatspolitische und zeitgeschichtliche Themen.

Kübler trat 1953 in die GVP ein und gehörte dem Bundesvorstand an. 1957 wechselte er zur SPD über und war zeitweise Ortsvorsitzender der Partei in Neuostheim. Kübler war von 1959 bis 1961 Ratsmitglied der Stadt Mannheim. Dem Deutschen Bundestag gehörte er von

1961 bis zu seinem Tode an. Er war zunächst über die Landesliste Baden-Württemberg ins Parlament eingezogen, wo er seit 1965 den Wahlkreis Mannheim II vertrat. (Quelle Wikipedia)

Seine Abiturklasse trifft sich am 10. März 2012. Für dieses Treffen wird ein Wahlplakat - oder eine Reproduktion - gesucht. Wer kann helfen? Bitte Mathias Kohler 0621-853272 anrufen oder [mathias.kohler@gmx.net](mailto:mathias.kohler@gmx.net)

**Nicolette Kressl zu Gast in Mannheim**

## Schuldenabbau, Mindestlohn, Steuerreform

Auf Einladung des SPD-Ortsvereins Neckarstadt-Ost diskutierten die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Nicolette Kressl, der Mannheimer Bundestagsabgeordnete Stefan Rebmann zusammen mit Stadtrat Reinhold Götz und einer Vielzahl interessierter Bürgerinnen und Bürger das Steuerkonzept der SPD-Bundestagsfraktion, sowie die entsprechenden Beschlüsse des letzten Bundesparteitags.

Nach der Begrüßung durch die Ortsvereinsvorsitzende Barbara Kladt ergriff Stefan Rebmann das Wort: „Einen schlanken Staat können sich nur die Starken leisten“, so der Tenor seiner Einführung vor den zahlreichen Gäste im Nebenraum des Wirtshauses Uhland in der Neckarstadt-Ost. Die Ungleichheit in unserer Gesellschaft nehme spürbar zu. Prekäre Arbeitsverhältnisse und Zeitarbeit träfen eine ganze Generation junger Menschen. Zeitgleich werde an den Börsen zum Nulltarif gezockt. Und während Hunderttausende ihr Einkommen trotz Vollzeitbeschäftigung mit Hilfe des Staates aufstocken müssten, könnten Topverdiener ihre Einkommen durch steuerbegünstigte Bonuszahlungen ergänzen.

„Ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 € ist deshalb die zentrale Forderung der Bundestagsfraktion“, so Nicolette Kressl. Die Frage der Steuergerechtigkeit dürfe nicht nur auf die Höhe des Einkommensteuersatzes reduziert werden. Insbesondere kleine und mittlere Einkommen seien überproportional durch Abgaben in die Sozialsysteme belastet. Ein flächendeckender Mindestlohn sei die dringlichste Maßnahme und habe die besten Aussichten, den Menschen tatsächlich zu helfen.

Um Chancengleichheit über die jetzige Generation hinaus zu erreichen sieht das SPD-Konzept neben Schuldenabbau ein umfassendes und nachhaltiges Investitionsprogramm in Bildung, Kinderbetreuung, Forschung und öffentliche Infrastruktur vor. „Der Chancengleich-



heit und der Wettbewerbsfähigkeit ist durch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf allemal besser gedeutet als durch Steuergeschenke an reiche Erben“, so Kressl nachdrücklich.

Einnahmen hierfür sollen vor allem aus der höheren Besteuerung von Kapitalerträgen und hoher Einkommen, aber auch aus der Wiedereinführung einer Vermögenssteuer erzielt werden.

In der anschließenden lebhaften Diskussion verwies Stadtrat Götz auf die Situation im Euro-Raum. Immer neue Runden von Sparmaßnahmen, die in erster Linie wieder die sozial Schwachen träfen, können kein Weg aus der Krise sein. Entsprechend wurde die Forderung nach einer Transaktionssteuer laut, um die Banken an der Bewältigung der Krise zu beteiligen. „Es darf einfach nicht sein, dass diejenigen, die uns diesen Schlamassel hier eingebrockt haben, nun auch noch durch höhere Zinsen auf Staatsanleihen satte Gewinne einfahren“, bestärkte Stefan Rebmann die Forderungen Kressls.

„Ein handlungsfähiger Staat in einer gerechten Gesellschaft - das muss unser Ziel sein und unsere Lehre aus der Finanzkrise. Mit dem Steuerkonzept der SPD gehen wir einen wichtigen und großen Schritt in diese Richtung“, so Rebmann abschließend.

## "Sparerschutz auf Sparflamme ist mit uns nicht zu machen!"

**Europäisches Parlament macht Druck beim Schutz von Girokonten und Sparbüchern**

"Die Botschaft ist klar und unmissverständlich: Mit dem Europäischen Parlament gibt es keinen Sparerschutzlight, wo der Steuerzahler am Ende wieder mal der Dumme ist", unterstrich der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete Peter Simon nach dem überwältigenden Abstimmungsergebnis für seinen Vorschlag zur Neuregelung der Einlagensicherungssysteme

im Plenum des Europäischen Parlaments. "Mit ihrer monatelangen Verschleppungstaktik haben die Mitgliedstaaten verhindert, dass die Kunden möglichst bald europaweit auf ein wirkungsvolles Sicherungsnetz zurückgreifen können. Statt als Lehre aus der Krise ein Zeichen zu setzen, wurden nur Kompromisse präsentiert, die auf Kosten der Verbraucher und Steuerzahler gehen

würden. Das war und ist nicht hinnehmbar", so der Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments weiter. Unakzeptabel für Peter Simon sind vor allem die unzureichende Ausstattung des Krisenfonds und die zu langen Auszahlungsfristen bei einer Bankenpleite. Während die Parlamentarier eine finanzielle Ausstattung des Krisenfonds in Höhe von 1,5 Prozent der gedeckten Einlagen fordern, wollen die Mitgliedstaaten den Fonds lediglich mit 0,5 Prozent ausstatten und damit nur mit einem Drittel der vom Europäischen Parlament vorgesehenen Stabilität. Auch bei der Frist für die Entschädigung der Sparer bei Bankenpleite halten sie an der bereits bestehenden Regelung von 20 Werktagen fest. Die Abgeordneten folgten stattdessen der Forderung Peter Simons, dass der Kunde im Falle einer Insolvenz seiner Bank so schnell wie möglich seine Einlagen ausgezahlt bekommt. Ab 2017 soll er sein Geld deshalb innerhalb von fünf Werktagen bekommen. Aber bereits unmittelbar nach Inkrafttreten der Vorschriften muss zumindest eine Vorabzahlung von bis zu 5000 Euro in einer Woche gewährleistet sein. „Es kann nicht angehen, dass ein Kunde bis zu vier Wochen ohne Geld auskommen muss, nur weil seine Bank Pleite geht. Das ist unzumutbar und nicht nachvollziehbar!“, stellte Peter Simon klar. Fraktionsübergreifende Zustimmung gab es auch für seinen Vorschlag, dass flexible Lösungen den unterschiedlichen

bereits bestehenden und bewährten nationalen Sicherungssystemen und Bankenmärkten in angemessener Form Rechnung tragen. Damit kann in Deutschland die bewährte Institutssicherung der Sparkassen und der Volks- und Raiffeisenbanken weiterhin die Kunden umfänglich schützen. Diese war durch den ursprünglichen Richtlinienentwurf der Kommission in Gefahr.



In den zukünftigen Verhandlungen wird der für das Europäische Parlament federführend Verantwortliche weiterhin für einen Sparerenschutz kämpfen, der diesen Namen auch verdient. "Die Sparer in Europa haben ein Anrecht auf ein solides Sicherungssystem, das mit ausreichenden Mitteln ausgestattet ist und klar den Kunden in den Mittelpunkt stellt. Jetzt liegt es an den Mitgliedstaaten dem Europäischen Parlament in den weiteren Verhandlungen entsprechend entgegenzukommen. Andernfalls werden wir nicht zögern, allen Sparerinnen und Sparern Ross und Reiter zu benennen und deutlich herausstellen, wer einem wirkungsvollen Sparerenschutz entgegensteht", so Peter Simon abschließend.

## Bundesbank, Europaparlament und Protestbewegung Occupy diskutieren zur Eurokrise

### "Euro-Troika" der besonderen Art

#### Persönliche Nachlese auf die spannende öffentliche Diskussionsveranstaltung „Ist der Euro noch zu retten?“ in Mannheim von MdEP Peter Simon

Von Europamüdigkeit und allgemeinem politischen Desinteresse war an diesem Abend Anfang Februar im Jüdischen Gemeindezentrum Mannheim nichts zu spüren. Über 350 Interessierte waren meiner Einladung zu der öffentlichen Diskussionsveranstaltung "Ist der Euro noch zu retten?" gefolgt. Unter ihnen waren aber nicht nur Genossinnen und Genossen, darunter Bürgermeister a.D. Dr. Norbert Egger, MdB a.D. Dr. Constanze Wegner, MdL Dr. Helmut Münch und unserer SPD-Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat Ralf Eisenhauer, sondern ebenso viele Occupy und attac-Aktivisten, Mitglieder der Piratenpartei und Bürgerinnen und Bürger aus der gesamten Region. Der Andrang war trotz widrigster Wetterbedingungen sogar so groß, dass jegliche irgendwie verfügbare Sitzmöglichkeit in den Veranstaltungssaal gebracht werden mussten. Was wohl aber auch an der ungewöhnlichen Auswahl an Mitdiskutanten, die ich für diese öffentliche Diskussion gewinnen konnte, lag. Wann hat man schon einmal die Möglichkeit einen Vorstand der Bundesbank, einen Mannheimer Vertreter der weltweiten Protestbewegung Occupy und ein Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses des Europäischen Parlaments zum Thema Euro an einem Tisch zu erleben? Wohl eher selten. Kein Wunder also, dass der Moderator Veit Lennartz, der ehemalige Leiter des SWR-Fernsehstudios in Mannheim mich und meine Mitdiskutanten Dr. Joachim Nagel, Mitglied des Vorstands der Bundesbank, Fabian Frey von Occupy Mannheim sowie das Publikum erst nach



über 2 ½ Stunden emotionalen Meinungs austauschs ins Schneetreiben verabschiedete.

Die 150 Minuten einfach auf den Punkt zu bringen, fällt schwer. Dafür war das Themenspektrum zu groß, ist die aktuelle Situation zu komplex und die Antworten der Podiumsteilnehmer zu vielfältig. Die derzeitigen Entwicklungen in Griechenland und Europa waren zwar Ausgangspunkt der Diskussion, doch schnell wurde klar, dass es letztendlich um einen grundlegenden Mentalitätswandel geht. Der muss natürlich durch eine stärkere demokratische Legitimation und Einbindung der Bürgerinnen und Bürger gerade bei Entscheidungen, die die Zukunft Europas betreffen, gefördert werden. Aber er

beginnt auch bei jedem Einzelnen selbst: Wir brauchen eine Abkehr von der Rendite-Gier. Anstelle der "höher, weiter, schneller" - muss wieder die "nachhaltig und solide"-Mentalität ins Bewusstsein der Menschen rücken und die Finanzmärkte in diesem Sinne wieder stärker kontrolliert werden müssen.

Einig waren sich die Podiumsteilnehmer und das Publikum vor allem in einem: Es lohnt sich für Europa und den Euro zu kämpfen. Und das hat weniger mit Alternativlosigkeit als vielmehr mit fester Überzeugung zu tun: "Wir fühlen uns inzwischen als Europäer" war das Credo der meisten Meldungen aus dem Publikum. Ein realitätsfernes Plädoyer für Europa war es aber beileibe nicht. Dass der Weg aus der Krise hart und lang sein wird, kam an diesem Abend ebenso zur Rede wie die Erkenntnis, dass als eine zentrale Lehre aus der Krise die Finanzmärkte stärker reguliert und transparenter werden müssen. Dazu gehört das Verbot bestimmter Finanzprodukte wie z.B. dem computergesteuerten Hochfrequenz-Handel genauso wie eine stärkere Kontrolle der Schattenbanken. Es gibt keine einfachen und schon gar keine Patentlösungen. Notwendige Rahmenbedingungen für ein langfristig erfolgreiches Europa, sei es nun z. B. durch eine Fiskalunion oder eine Finanztransaktionssteuer, müssen geschaffen werden.

Klar ist aber auch, dass es uns gelingen muss, Perspektiven zu schaffen. Perspektiven an den Finanzmärkten durch Haushaltskonsolidierung, Stabilität und ein noch stärkeres Zusammenwachsen von Europa. Perspektiven für die Menschen in den hilfsbedürftigen Ländern durch gezielte Wachstumsinitiativen. Totsparen ist keine Alternative sondern verschlimmert die Lage nur. Wir brauchen aber auch - und das wird zu oft vergessen - eine Perspektive für die Menschen in den Ländern, die in Solidarität mit den europäischen Nachbarn vielleicht

jetzt erst einmal zahlen. Die müssen wissen, dass das, was sie tun nicht nur zu fremden sondern auch zum eigenen Nutzen ist. Der Mehrwert Europa und die gemeinsamen Errungenschaften und Grundwerte wie Frieden, Freiheit, Demokratie, Meinungsfreiheit und Bürgerrechte als Identifikationsmerkmale dieses weltweit einzigartigen Zusammenschlusses müssen wieder



stärker in den Vordergrund gerückt werden. Die öffentliche Diskussion in Mannheim und die große Publikumsresonanz haben gezeigt, dass das Interesse daran in der Bevölkerung da ist. Als Fazit der Veranstaltung bleibt also vor allem das Motto des Einladungsflyer: Lasst uns gemeinsam die Zukunft Europas gestalten!

v.l.n.r. Dr. Joachim Nagel, Vorstandsmitglied Bundesbank, Peter Simon, MdEP, Fabian Frey, occupy, Veit Lennartz, ehemaliger Leiter SWR-Fernsehstudios Mannheim.

## ACTA Proteste: 3000 Menschen gehen in Mannheim auf die Straße - Jusos mit dabei

Am 12.02.2012 versammelten sich rund 3.000 überwiegend junge Menschen auf dem Ehrenhof am Schloss zum Protest gegen das Anti-Counterfeiting Trade Agreement kurz: ACTA. Die Jusos demonstrierten gemeinsam mit der Juso HSG und den Falken in vorderster Reihe. *Photo: Mannheimer Jusos mit Peter Simon, MdEP*

Bereits eine halbe Stunde vor dem Demobeginn um 14 Uhr standen die ersten Tausend Menschen für die Demo auf dem Ehrenhof. Unter Musik, die aus den Lautsprechern eines Trucks schallte, bereiten sich die Demonstranten/innen vor, welche Guy-Fawkes Masken und selbst gebastelte Schilder gegen ACTA mitgebracht hatten. Während der Demonstration durch die Stadt zog, drückten die Demonstrierenden ihre Ablehnung mit Rufen wie "Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Freiheit raubt" oder auch "ACTA, ACTA, An die Wand" lautstark aus. Die Demonstration, die von einem Bündnis aus Jusos, Piratenpartei, Grüne Jugend und Linksjugend organisiert wurde, erreichte um kurz nach halb drei den alten Messplatz, auf dem die Abschlusskundgebung stattfand. Auf der Kundgebung machten jeweils ein/e SprecherIn der Bündnispartne-



rInnen unter lautstarker Unterstützung der 3.000 Demonstranten die Ablehnung des ACTA-Abkommens deutlich. "Leider ist Freiheit nichts selbstverständliches, sondern etwas, für das sich immer wieder eingesetzt werden muss. Die zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Demonstrationen haben gezeigt, dass sie hierzu bereit sind.", sagte Daniel Sigg auf der Abschlusskundgebung für die Jusos.



## Nils Schmid am 28. März in Mannheim



Seit dem 27. März 2011 ist Baden-Württemberg ein Land im Aufbruch. In den Bereichen Bildungs- und Finanzpolitik wird dieser Wechsel besonders deutlich. Zu diesem Anlass wird Nils Schmid, der Finanz- und Wirtschaftsminister des Landes sowie der SPD-Landesvorsitzende, uns in Mannheim besuchen. Er spricht am 28. März 2012 um 19 Uhr im Ratssaal des

Stadthauses zum Thema „Der Wechsel, das Land und die Kommunen“. Organisatoren sind die SPD-Gemeinderatsfraktion Mannheim, der SPD-Kreisverband Mannheim sowie die Landtagsabgeordneten Helen Heber und Dr. Stefan Fulst-Blei. Wir bitten Euch, den Termin schon einmal vorzumerken und wir würden uns sehr freuen, wenn Ihr zahlreich erscheinen könnt.

## Veranstaltung zur Vorratsdatenspeicherung

**Attac Mannheim lädt ein: Di., 28.02., 2012 19:00 Uhr JugendKulturZentrum FORUM, Neckarpromenade 46**

Vorratsdatenspeicherung (VDS) ist die Speicherung personenbezogener Daten durch oder für öffentliche Stellen, ohne dass die Daten aktuell benötigt werden. Telekommunikationsverbindungsdaten von elektronischen Kommunikationsvorgängen sollen, ohne dass ein Anfangsverdacht oder eine konkrete Gefahr besteht, auf Vorrat bei den Internetdiensteanbietern gespeichert werden.

Warum ist die Vorratsdatenspeicherung (VDS) trotz Scheiterns vor dem BVerfG wieder in aller Munde? Was verspricht die VDS? Warum wird die VDS kritisiert und was kann mit dem Vorrat an Daten gemacht werden?

Welche Aktivitäten gibt es bei den Nachbarn in der EU? Ein Blick über den Tellerrand lohnt sich.

Der Referent Jens Rinne studierte Informatik an der Uni Bonn. Seit 2007 ist er im Vorstand des "Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIfF)" und dort Kontaktperson zu European Digital Rights mit Sitz in Brüssel. Das FIfF versteht sich als Forum für eine kritische und lebendige Auseinandersetzung mit Informationstechnik und ihrer gesellschaftlichen Rolle.



**28.04 - 08.05.2012**  
**Maimarkt Mannheim**  
 Täglich geöffnet von 9:00 - 18:00 Uhr

**Mannheim**  
**SPD** Halle 26  
 Stand 2642

## Terminkalender der Mannheimer SPD

Hier stehen nur die Termine, die auf die Website der Mannheimer SPD gestellt oder per E-Mail mitgeteilt wurden:

**Montag, 20.02.2012, 14:00 Uhr. Ort: Café L3**

Vorstandssitzung der Jungsozialisten. Abschließende Vorbereitung der Jahreshauptversammlung

**Mittwoch, 22.02.2012, 10:30 Uhr. Ort: Forum am Schlosspark in Ludwigsburg, Stuttgarter Straße 33**

Politischer Aschermittwoch der SPD Baden-Württemberg

**Donnerstag, 23.02.2012, 20 Uhr. Ort: Café Müllers auf dem Museumsschiff**

Stammtisch der Juristinnen und Juristen. „Staatliche Privatschulfinanzierung - Fluch oder Segen?“ Alle juristisch Interessierten sind herzlich eingeladen

**Samstag, 25.02.2012, 19:00 Uhr. Ort: Rosengarten**

Deutsch-Türkische Kulturolympiade. Die Deutsch-Türkische Kulturolympiade soll ein Zeichen für Völkerverständigung setzen. Die Zuschauerinnen und Zuschauer erfreuen sich an zahlreichen Wettbewerben wie Lieder- und Gedichtvorträgen oder Volkstänzen. Vor der Deutschland-Preisverleihung in Berlin gibt es regionale Vorentscheidungen.

**Sonntag, 26.02.2012, 11:00 Uhr. Ort: Gasthaus am Fluss, Rheinpromenade 15, Mannheim**

Talk am Fluss mit Helen Heberer (MdL). Mannheim - Nabel der Welt? Die Metropolregion und ihre Rolle in Europa. Gäste: Dr. Peter Kurz (Oberbürgermeister), Peter Simon (Europaabgeordneter), Dr. Dr. h.c. Manfred Fuchs (Unternehmer). Moderation: Veit Lennartz (Journalist).



Gehrings-Kommode, Schulstraße 82, MA-Neckarau

Mo 20.2. **KABARETT**

## Die kessen Motten

Was tun, wenn der Hüftspeck kneift, der Spiegel schockt, der Mann nicht mehr kann oder plötzlich die Nacht regiert?! Themen, die Frau bewegt, erregt und aufregt an sich selbst wie am andern Geschlecht. Die drei schrillen Neckarauer Damen begleitet von Motterich Addl am Piano singen auf altbekannte Melodien ihr "Frauenfreud und Frauenleid" so mancher Frau aus dem Herzen.



## Di 21.2. Straßenfasching

Kehraus in und vor der Kommode

## Mi 22.2. Herings Kommode

Matjes in Sahnesoße

Fr 24.2. **Total guitar**

## Martin C. Herberg

Anfang der 80er Jahre gastierte er erstmals bei uns, heute zum 6. Mal! Bisläng hat er elf verschiedene CDs und LPs veröffentlicht und weltweit 3000 Auftritte mit seinem Programm „Total Guitar“ absolviert. Seine Mixtur aus klassisch angehauchten virtuosen Gitarrenstücken, Balladen und meditativen Klängen begeistern Publikum und Presse gleichermaßen.



# Talk am Fluss

mit **Helen Heberer MdL**

## Mannheim - Nabel der Welt?

Die Metropolregion und  
ihre Rolle in Europa

### **Gäste**

Dr. Peter Kurz

Peter Simon

Dr. Dr. h.c. Manfred Fuchs

Oberbürgermeister

Europaabgeordneter

Unternehmer

### **Moderation**

Veit Lennartz

Fernsehjournalist

## Gasthaus am Fluss

**SO 26.02. 11 Uhr**

Rheinpromenade 15  
Mannheim

[WWW.HEBERER.INFO](http://WWW.HEBERER.INFO)

The SPD logo consists of a red square with the white letters "SPD" inside.

# Waffenexporte ins südliche Afrika:



Der Journalist Emanuel Matondo berichtet

**am Mo., 5. März 2012, 19.00 h**

**Haus der Jugend**

C2, 16-18, in Mannheim

Veranstaltet von: Friedensplenum Mannheim in Kooperation mit: Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW, Mannheim, Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) Mannheim, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt Baden (KDA)

Träger der Veranstaltungsreihe sind Connection e.V., die Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel! und die Informationsstelle Südliches Afrika e.V.

Wir danken für die finanzielle Förderung durch den Evangelischen Entwicklungsdienst und den Katholischen Fonds.

VfSdP: Rudi Friedrich, c/o Connection e.V.



Hotline: +49-(0)69-82 37 55 34 ♦ [www.Connection-eV.de](http://www.Connection-eV.de)